

Pensionierungswelle in Justiz gefährdet Stabilität des Rechtsstaats

DRB-Forderungen in Bundespressekonferenz finden breites Medienecho

Berlin. Der Deutsche Richterbund (DRB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) haben in der Bundespressekonferenz auf die aktuellen Personalsorgen und die bevorstehende Pensionierungswelle in Polizei und Justiz hingewiesen. Die auf Polizei und Justiz in den nächsten Jahren hereinbrechende Pensionswelle gefährde die Stabilität des deutschen Rechtsstaates.

„Ein starker Rechtsstaat, der die Bürger effektiv vor Kriminalität schützen soll, braucht nicht nur deutlich mehr Polizisten, sondern mindestens 2.000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte“, sagte Gnisa in Berlin. Die schon heute sehr angespannte Lage werde sich in den kommenden 10-15 Jahren noch verschärfen, denn auf die deutsche Justiz rolle eine gewaltige Pensionierungswelle zu. Rund 40 Prozent aller Juristen schieden bundesweit bis 2030 aus dem Dienst aus, die Justiz verliere etwa 10.000 Richter und Staatsanwälte. Gnisa bezog sich dabei auf die sehr aussagefähigen Zahlen der aktuellen DRB-Studie zur Zukunftsfähigkeit der Justiz, die eine länderübergreifende Arbeitsgruppe des Verbandes erstellt hatte. Er warnte die politischen Entscheider in Bund und Ländern: „Eine vorbeugende Personalpolitik muss jetzt, nicht erst in zehn Jahren, beginnen. Wenn die Politik hier nicht aktiv wird, droht der Rechtsstaat zu erodieren.“

Rund 100 Tageszeitungen haben das Thema heute bundesweit aufgegriffen, darunter alle großen Medien wie SZ, [FAZ](#), Handelsblatt, Welt und Tagesspiegel. Auch die ARD ([Tagesschau](#)), das ZDF (heute journal), RTL und N24 haben berichtet. Im Hörfunk war der DRB im Deutschlandfunk und in vielen anderen Sendern vertreten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Stephan Harbarth reagierte umgehend auf die Warnungen des DRB und der GdP: „Bei einem Wahlsieg der Union werden wir insbesondere die Personalausstattung

in der Justiz zu einem Schwerpunktthema der Rechtspolitik machen.“ Als ersten Schritt solle ein Bund-Länder-Treffen zur Zukunftsfähigkeit der Justiz anberaumt werden. Auch der baden-württembergische Justizminister Guido Wolf (CDU) reagierte prompt auf den Appell des Richterbundes: „Wer den Rechtsstaat will, darf an Richtern und Staatsanwälten nicht sparen. Deshalb werde ich auch in der Zukunft weiter für eine angemessene Personalausstattung der Justiz im Land eintreten. Mit den im Jahr 2017 geschaffenen Neustellen und den Weichenstellungen für den Entwurf eines Doppelhaushalts für die Jahre 2018/2019 sind wir hierfür in Baden-Württemberg auf einem sehr guten Weg“, so Wolf.

Auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) kritisierte den Personalmangel bei Polizei und Justiz in einem Namensartikel in der Saarbrücker Zeitung erneut scharf. Geringe Aufklärungsquoten und hohe Einstellungszahlen seien auch die fatale Folge einer falschen Sparpolitik und der Ideologie des „schlanken Staates“. Inzwischen gebe es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass die Polizei wieder mehr Planstellen brauche, was jedoch ganz genauso für die Justiz gelten müsse. Bund und Länder müssten weiter in eine starke, leistungsfähige und moderne Justiz investieren. Eine Stärkung der Justiz bedeutet insbesondere ausreichend Personal und gute Arbeitsbedingungen.

„Es ist zu begrüßen, dass die Politik die Zeichen der Zeit endlich erkannt zu haben scheint und zusätzliche Stellen für die Justiz verspricht“, zeigte sich Gnisa vorsichtig optimistisch. „Den politischen Ankündigungen müssen nun aber rasch Taten folgen“, forderte der DRB-Vorsitzende.

Redaktion: Sven Rebehn, Claudia Keller
Mitarbeit: Ira Scheithauer

Newsletter Archiv

© Deutscher Richterbund

Deutscher Richterbund e.V.
Haus des Rechts
Kronenstraße 73
10117 Berlin

Tel. 030-20 61 25-0
Fax 030-20 61 25-25
info@drb.de
www.drb.de